

Ein Dokument der Furcht

Ein offener Brief von Intellektuellen beklagt Konformitätsdruck und Zensur – und bleibt doch halbherzig

Thorsten Hinz

Rund 150 vor allem englischsprachige Wissenschaftler, Künstler, Journalisten haben in der US-Zeitschrift Harper's Magazine einen offenen Brief über „Gerechtigkeit und offene Debatte“ veröffentlicht. Darunter sind internationale Schwergewichte wie die Schriftsteller Margaret Atwood, Louis Begley, Salman Rushdie, die Harry-Potter-Autorin J. K. Rowling, der Politologe Francis Fukuyama und die Linguisten Noam Chomsky und Steven Pinker.

Sie prangern das stickige Debattenklima, die Praxis „öffentlicher Beschämung und Ausgrenzung“ von Meinungsdissidenten an sowie „die Tendenz, komplexe politische Fragen in einer täuschenden moralischen Gewißheit aufzulösen“. Sie konstatieren eine Melange aus Konformitätsdruck, Zensur, Selbstzensur und purer Existenzangst.

Sie beschreiben die Praxis der „Cancel Culture“, des systematischen Boykotts unliebsamer Personen mit dem Ziel ihrer Annullierung aus dem öffentlichen Leben. Man vertreibt sie von Lehrstühlen, vom Sendeplatz, aus Zeitungen, Verlagen, aus sozialen Netzwerken, durchaus vergleichbar mit den „Säuberungen“ in ehemals kommunistischen Ländern. Die Methode, die soziale, psychische und physische Existenz des Andersdenkenden in einen Kriegsschauplatz zu verwandeln, anstatt sich mit seinen Argumenten auseinanderzusetzen, ist auch in Deutschland längst zur gängigen Übung geworden.

Bemerkenswert ist der Brief aber auch deshalb, weil die Unterzeichner vor dem Zeitgeist, dem diese Praxis entspringt, einen Kniefall machen. Indirekt zwar, aber deutlich identifizieren sie sich mit den Intentionen der „Black Lives Matter“-Bewegung und distanzieren sich von den weltweiten „Kräften des Illiberalismus“, die „mit Donald Trump einen mächtigen Verbündeten (haben), der eine echte Bedrohung für die Demokratie darstellt“.

Den Fanatikern wird bedeutet, daß sie auf derselben Seite stünden und die „Cancel Culture“ in ihrem Fall die Falschen treffe. Die Initiatoren haben strikt darauf geachtet, daß nur Linke und Liberale, aber keine Konservativen oder Rechten den Brief unterschreiben, obwohl sie von der Ausgrenzung zuerst und am meisten betroffen sind. Genutzt haben die Distanzierungs- und Unterwerfungsgesten ihnen nicht. Das Kesseltreiben, das gegen sie einsetzte, hat bereits zu ersten Absetzbewegungen geführt; zwei Unterzeichner haben ihre Unterschrift schon zurückgezogen.

Der Brief ist widerständig und zugleich ein Dokument der Furcht und Inkonsequenz. Die Autoren ignorieren, daß die jahrelange Anhäufung jener widerwärtigen

Quantitäten, die sie aufzählen, längst in eine neue Qualität umgeschlagen ist. Die liberale Gesellschaft, die sie beschwören, ist heute eine Untote, die Monster gebiert. Um deren Verhalten und Denkweise zu verstehen, muß man nur die Schriften, Prognosen und Analysen, die in den 20er, 30er und 40er Jahren über die Massengesellschaft, den Massenwahn und totalitäre Verirrungen verfaßt wurden, als aktuelle Studien über die Gegenwart lesen. Karl Jaspers sah 1931 ein „existentielles Plebejertum“ gegen das „Selbstsein“ wirken: Die Menschen der Massengesellschaft hätten sich mehrheitlich damit abgefunden, als Objekte der selbstgeschaffenen Apparate – der Institutionen, Parteien, Medien, des Sozialstaats – zu existieren und sich mit der Auslöschung der Persönlichkeit und des selbständigen Denkens einverstanden erklärt.

Parallel zu dieser Rückabwicklung einer ganzen kulturellen Entwicklung träten quasi-religiöse, absolutistische Instinkte in den Vordergrund. Seine Schülerin Hannah Arendt spitzte das zu einer Charakterisierung des Massenmobs zu, der nicht differenzieren und diskutieren wolle, sondern nur die Wahl zwischen „Hosianna!“ oder „Kreuzige ihn!“ kenne und sich schlagartig zum Lynchmob formiere.

Mit dem Dritten Reich, so die Große Erzählung unserer Zeit, hätte diese Entwicklung ihre schlimmstmögliche Zuspitzung und mit dessen Niederlage 1945 auch ihre Läuterung erfahren. Mit dem Sieg der liberalen Mächte des Westens hätten die fanatischen Masseninstinkte eine flexible und dauerhafte Einhegung erfahren. Der Zusammenbruch des Kommunismus 1989 schien diese Darstellung zu besiegeln. Damals präsentierte Francis Fukuyama die These vom „Ende der Geschichte“, das gleichbedeutend war mit dem weltweiten Sieg der offenen Gesellschaft.

Doch die Vision einer Welt ohne Grenzen, der freien Warenströme, der globalen Menschenrechte, in der die Staaten nur noch durchrationalisierte Verwaltungseinheiten der Neuen Weltordnung sein sollten, setzte eine nivellierende und autoritäre Dynamik frei, die den Fanatismus aus seiner Einhegung entließ. Mit dem Ergebnis, daß er jetzt als moralisches Jakobinertum die Gesellschaft inklusive der Liberalen vor sich hertreibt.

Es ist ein bitterer Treppenwitz, wenn der mitunterzeichnende Politikwissenschaftler Yascha Mounk, der kürzlich noch verlangte, die Kritiker der multikulturellen Transformation Europas „richtig zu bestrafen“, sich jetzt von einer „Kultur der Angst“ umstellt sieht.

Es geht nicht nur um den Mob auf der Straße und im Internet. Eine Armada halbgebildeter sogenannter Experten für irgendwas, Journalisten und Karrierepolitiker hält die Schaltstellen der öffentlichen Kommunikation besetzt und verschmilzt mit der Staatsmacht.

Die Simplifizierung, Infantilisierung und Sentimentalisierung der politischen, medialen und sogar akademischen Diskurse zeigt, daß die oberen Etagen von Staat und

Gesellschaft ebenfalls von der Mentalität des Massenmobs beherrscht werden. Begriffe wie „Rechtsstaat“ oder „liberale Demokratie“ zerfallen davor zu Staub. Eine Rückkehr zum fairen Meinungsstreit, den die Unterzeichner das offenen Briefes verlangen, kann und wird es unter diesen Umständen nicht mehr geben.

Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2019

Der Glaubwürdigkeit beraubt

Kurt Zach

Verfassungsschutzberichte werden regelmäßig instrumentalisiert, um die rechtsextremistische Bedrohung aufzublähen, die linksextremistische und islamistische zu relativieren und unerwünschte Oppositionskräfte zu diskreditieren. Der Auftritt von Bundesinnenminister Horst Seehofer und VS-Präsident Thomas Haldenwang bei der Präsentation des Bundesverfassungsschutzberichts für 2019 ist gleichwohl ein Tiefpunkt des politischen Behördenmißbrauchs.

Die willkürliche Beobachtung von Teilen der AfD und ihre Rückverlagerung ins Berichtsjahr ist ein Taschenspielertrick, um ein hohes „rechtsextremes“ Potential zu suggerieren. Propagandadelikte und „Haßverbrechen“, die nur von „rechts“ gezählt werden, verzerren die Statistik. Noch absurder ist die vorsätzliche Blindheit gegenüber linkem und islamischem Antisemitismus.

Selbst die eigenen Zahlen widerlegen die einseitige Fixierung auf den Rechtsextremismus als „größte Bedrohung“. Daß die meisten Medien diese Version trotzdem kritiklos nachbeten, ist ein Armutzeugnis. Wie zum Hohn folgte auf die Vorstellung des Berichts ein weiteres Wochenende linksextremer Gewaltexzesse in Berlin-Friedrichshain. Indem sie den Verfassungsschutz zum propagandistischen Kampfinstrument gegen die größte Oppositionspartei im Bundestag degradieren, rauben Seehofer und Haldenwang der Behörde den letzten Rest an Glaubwürdigkeit.

Dem Zeitgeist verfallen

CDU: Ein Kulturkampf ist der inhaltsleeren Partei nicht mehr zuzutrauen

Werner J. Patzelt

Bundesdeutschlands wichtigste Partei ist die CDU. Länger als sie hat niemand unser Land regiert. Bei dessen Gestaltung ist sie oft der Zustimmungsbereitschaft im Land vorausgeeilt: bei der Westintegration, bei der Wiederbewaffnung und Nato-Nachrüstung, bei der Wiedervereinigung nach westdeutschem Vorbild. Zwar wurde

Kohl 1998 besiegt. Doch nach Angela Merkels Fast-Niederlage bei ihrer ersten Bundestagswahl 2005 wurde die Partei schrittweise auf den neuen Zeitgeist ausgerichtet.

Das führte dazu, daß die CDU-Vorsitzende und Kanzlerin viele Jahre lang an der Spitze der Beliebtheitsskala stand. Zwar verdunkelten die Folgen ihrer Migrationspolitik manchen Glanz. Doch dank der – im Vergleich zur Migrationskrise – plausiblen Handhabung der Corona-Krise ist die CDU wieder Deutschlands weitaus populärste Partei. Also alles richtig, alles gut. Wirklich?

Ihr Höhenflug, versüßt von einer öffentlichen Liebeserklärung der Grünen zum Geburtstag der CDU, verdankt sich der Sympathie aller etablierten Medien für die Kanzlerin – nicht aber für ihre Partei. Über zwei Drittel der Journalisten neigen den Grünen und der SPD zu; so immer wieder das Ergebnis von Umfragen unter Medienleuten. Deren Wohlwollen hat sich die Kanzlerin umsichtig erworben: nämlich durch jahrelange Ausrichtung ihrer Politik an dem, was grün-rote Journalisten für richtig halten und in ihren Medien als die alternativlos richtige Politik hinstellen.

Das reichte vom Ausstieg aus Atom- und fossiler Energie über deutsches Einstehen für die Schulden anderer EU- oder zumindest Eurozonen-Staaten bis hin zur bedingungslosen Offenheit für Zuwanderungswillige, mit oder ohne rechtlich vorgesehene Aufnahmeverpflichtung. Weil aber das alles einem nennenswerten Teil der Bevölkerung nicht als vernünftig erscheint, entstand Spannung zwischen der großen Popularität der Kanzlerin in den Medien und der viel geringeren Sympathie für die merkeltreue CDU im Wahlvolk. Das rächt sich seit langem an Wahltagen.

Deren Folge: Medial akzeptierte CDU-Regierungen gibt es wohl nur noch im Bündnis zwischen CDU und Grünen, nötigenfalls ergänzt um SPD oder FDP. Davon die Konsequenz: Rechts von der CDU wird dauerhaft eine Partei bestehen, die mit ihr um 5 bis 15 Prozent der Stimmen konkurriert.

Sollte sich in der AfD die Meuthen-Richtung dauerhaft durchsetzen, droht der CDU das Erosionsschicksal der SPD. Setzte sich in der AfD die Höcke/Kalbitz-Richtung durch, dann könnte die CDU noch eine kleine Chance haben, in Konfrontation mit einer rechtsradikalen AfD ihre frühere Dominanz nach rechts zurückzugewinnen. Doch dafür müßte die CDU einen regelrechten Kulturkampf mit der rot-grünen Journalistenschaft bestehen.

Ihn angesichts sicherer Niederlagen und zerstörter Karrieren zu führen, ist der CDU aber nicht zuzutrauen. Man wird also darauf warten müssen, daß grün-rot propagierte Politikprojekte medial nicht mehr beschweigbare Folgen haben: international nicht konkurrenzfähige Strompreise samt Netzwerkinstabilität, die Vernichtung des Vertrauens in den Euro, weitere Einbußen an innerer Sicherheit und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Doch wie könnte sich die CDU gegenüber einer womöglich einst systemloyalen AfD-Opposition gegen den Vorwurf wehren, eine solche Politik nicht nur mitgetragen, sondern als eigenes Gestaltungsvorhaben wider viele Warnungen selbst geführt zu haben?

Konrad Adenauer und Helmut Kohl sicherten der CDU ihre Macht oft genug im Ringen gegen die Meinungsführer angesehener Medien. Das zwang sie und ihre Partei zu jener inneren Stärke, die aus akzeptierter innerparteilicher Vielfalt samt solchen Richtungsvorgaben erwächst, die sich am Wahltag in großen Stimmenanteilen auszahlt. Angela Merkel hingegen sicherte der CDU ihre Macht durch bereitwilliges Surfen auf den Wogen des jeweils Mediengefälligen. Das verlangte nach jener Führungsstärke, die innerparteiliche Vielfalt aufs medial Akzeptable beschneidet und so Richtungsvorgaben ermöglicht, die von oben nach unten durchgestellt werden.

Wenn bisherigen CDU-Wählern die aber eines Tages nicht mehr gefallen? Dann sind solche Leute selbst daran schuld, daß sie die grün-roten Zeichen der Zeit nicht erkannt haben. Oder sich gar auf verstocktes Wutbürgertum einlassen – und so offenlegen, daß sie es eigentlich gar nicht wert waren, ihr Stimmkreuz je bei der CDU machen zu dürfen.

Also nieder mit jenen Ex-CDUern, die immer schon Rassisten, Rechtsradikale und Kryptofaschisten waren! Und würden die bald dennoch wieder statt der AfD die CDU wählen, dann wäre die gewiß nicht länger der Kanzlerin Partei. Den Parteivorsitz hat sie ohnehin aufgegeben, während ihre Glaubensgeschwister nach wie vor dafür sorgen, daß sich künftig nie mehr „die Falschen“ als CDU-Wähler betätigen.

Ob die jetzt einzuführende Frauenquote die jahrelang unübersehbar weiblich geführte CDU wieder auf einen Erfolgskurs bringt? Und ob es sich für die CDU wirklich auszahlt, die loyale innerparteiliche Opposition als „Krebsgeschwür“ zu traktieren und deren Kritik mit Parteistrafen zu bedrohen? Schade, daß die CDU wohl auch diesen Abweg beschreiten wird. Denn eigentlich ist diese Partei für unser Land viel zu wichtig, als daß ihre Anführer sich lieber Stimmungen hingeben sollten als solchen Analysen zu folgen, die immer wieder durch die tatsächliche Entwicklung bekräftigt wurden.

Prof. Dr. Werner J. Patzelt ist emeritierter Lehrstuhlinhaber für Politikwissenschaft an der TU Dresden.

Gewalt versteckt in weichen Worten

Michael Esders' „Sprachregime“ als Lektüretip: Wie kommt es, daß die Bürger nicht aufbegehren?

Thorsten Hinz

Das „Sprachregime“ des Literaturwissenschaftlers, Philosophen und Marketing-Experten Michael Esders ist das Buch der Stunde und darüber hinaus eine der wichtigsten politischen Publikationen seit Rolf Peter Sieferles „Migrationsproblem“. Es ist – soviel vorweg – unerlässlich, um den Bolero des Irrsinns zu begreifen, der seit Jahren als Politische Korrektheit, Gender- und Klima-Ideologie, als „Kampf gegen Rechts“ und Willkommenskultur durch das Land tobt und sich gegenwärtig als Antirassismus zu ohrenbetäubender Lautstärke steigert.

So werden aus den größten Verrücktheiten Wahrheiten

Wie kommt es, daß Menschen mehrheitlich einer Politik zustimmend beipflichten, die sich so offenkundig gegen ihre Lebensinteressen richtet und absehbar zur Selbsterstörung eines leidlich funktionierenden Gemeinwesens führt? Die NS-Vergangenheit, der verinnerlichte Schuldkomplex oder die allgemeine Dekadenz, so Enders, liefern dafür nur partielle Erklärungen. Entscheidend sei die „Macht der politischen Wahrheitssysteme“, von denen der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) im Nachgang der sogenannten „Ausschreitungen“ in Chemnitz 2018 sprach. Sie konstituiert einen „smarten Totalitarismus der Vielfalt und Differenz“, der vom Medienapparat verwirklicht und durch Sanktionen beziehungsweise Sanktionsdrohungen gestützt wird.

Im ersten Kapitel beschreibt und analysiert Esders die Struktur und Funktionsweise dieser Systeme. Die geballte Medienmacht modelliert ein verzerrtes, ideologisiertes Abbild der Realität und trägt es im 24-Stunden-Betrieb in die Öffentlichkeit mit der Folge, daß die Wahrnehmungen, welche die fünf menschlichen Sinne mitteilen, allmählich außer Kraft gesetzt werden und das Denken und Empfinden sich in die offizielle Matrix einfügt. Gustave Le Bon hatte die vorschnelle Verallgemeinerung, die spontane Verknüpfung oberflächlich zusammenhängender Sachverhalte, die emotionale Aufwallung, kurzum: die Schlamperei im Geiste, als Merkmale der Psychologie der Massen festgestellt.

Diese spontanen Reaktionen werden von den Wahrheitssystemen formalisiert und professionalisiert. Der berühmt-berüchtigte Satz, daß eine Lüge, um geglaubt zu werden, nur oft genug wiederholt werden muß, wird durch die Hirnforschung bestätigt. Die permanente Aktivierung der entsprechenden neuronalen Schaltkreise führt zu ihrer Verfestigung, so daß aus den größten Verrücktheiten geglaubte Wahrheiten, ja physische Tatsachen werden, die sich gegen alle Einwände und kognitive Dissonanzen behaupten.

Begriffe werden emotional aufgeladen – „geframt“ –, also gezielt mit positiven oder negativen Assoziationen verbunden. Absolut negativ besetzt sind die „Grenze“ und die „Abschottung“, die mit Bildern toter Kinder oder der Berliner Mauer verbunden werden. Der entscheidende Unterschied zwischen diktatorischer Einsperrung nach innen und schützender Abschließung nach außen wird dabei genauso manipulativ verwischt wie die technische Tatsache, daß herabgelassene Schotten auf einem leckgeschlagenen Schiff lebensrettend sein können.

Durch solche auf Dauerfeuer gestellte sprachlich-semantiche Tricks wird die Aufhebung der eigenen Grenzen und damit der Staatlichkeit zunächst zum moralischen und schließlich sogar zum einzig verfassungskonformen Imperativ erhoben. Die „moralische Kohärenz“ ersetzt die Logik und das Kriterium der Widerspruchsfreiheit einer Aussage.

Damit gerät das freie Denken – nach Kant der eigenständige Gebrauch des Verstandes – zunehmend unter Verdacht. Es ist nur folgerichtig, daß der Königsberger Philosoph im Zuge der „Black Lives Matter“-Kampagne ebenfalls in das Visier der Bilderstürmer geraten ist. Der Vorgang korrespondiert mit allgemein sinkenden Bildungsstandards.

Wenn selbst Studenten keine mehrteiligen Sätze sinentnehmend lesen, geschweige denn bilden können, ist das ein Hinweis, daß den nachwachsenden Funktionseliten die Fähigkeit zu logischen Verknüpfungen abhanden gekommen ist. Der Rückgriff zum simplen Gut-Böse-Raster ist nur konsequent.

Das Sprachregime ist antitopisch – gegen eine „ortende Begriffssetzung“ gerichtet. Positiv besetzt sind Begriffe wie „Eine Welt“, „Weltoffenheit“ oder „Menschheit“, während „Staat“, „Nation“, „Volk“ als willkürlich ausgrenzende Konstrukte unter Verdacht stehen. Die ideologische und emotionale Grundierung dieser semantischen Verschiebungen liefert die „Hypermoral“, die Ausweitung der Familienmoral auf das „globale Dorf“. Ihren Narrativen geht Esders im zweiten Kapitel nach.

Ein Exzeß der französischen Postmoderne

Eine Variante ist die Kreierung künstlicher Mythen und mythischer Gestalten wie Greta Thunberg, eine andere die Personalisierung zur Beglaubigung ideologischer Wunschvorstellungen. Beispielhaft sind die Geschichten von syrischen Flüchtlingen, die prallgefüllte Geldbörsen auffinden, sie brav bei der Polizei abliefern und edelmütig auf Finderlohn verzichten. Solcher Haltungs-Journalismus à la Relotius & Co. hat die Hypermoral in eine Hyperfaktizität überführt. Die „Fake News“ waren bereits ein Instrument der Wahrheitssysteme, als noch niemand die Präsidentschaft Donald Trumps für möglich hielt.

Im dritten, dem anspruchsvollsten Kapitel, geht Esders den philosophisch-linguistischen Ursprüngen dieser aggressiven Sprachpolitik nach. Ihre Wurzeln

identifiziert er bei den Theoretikern der französischen Postmoderne, die die verborgene oder verdrängte Bedeutung sprachlicher Zeichen durch die Dekonstruktion überkommener Diskurse und das Herausarbeiten der Differenz zur Geltung bringen wollten. Das ursprünglich berechtigte Anliegen wurde von der politischen Linken bis zum Exzeß gesteigert. Kollektive Verbindlichkeiten, die Geschlechter-Binarität und die Sprache selbst werden zu faschistoiden Zumutungen verklärt. Sprachverbote, ideologische Neologismen und Gendersterne formieren sich zu Orwells „Neusprech“. Unterm Strich läuft es darauf hinaus, erfahrbare Sachverhalte und Zusammenhänge unaussprechlich, schließlich undenkbar und Menschen zu Zombies zu machen, die nicht mehr wissen, wer sie sind.

Esders erforscht in tiefgründiger Weise ein stringentes, gegen die Wirklichkeit immunes Verfahren, einen Mechanismus der „stählernen Beliebigkeit“, der mit der Präzision eines Schweizer Uhrwerks fortschreitet – was freilich nicht vollständig erklärt, warum er akzeptiert wird. Denn im Unterschied zu früheren Totalitarismen fehlt ihm ein plausibles Zukunftsversprechen. Offenbar spielen auch transzendente Bedürfnisse und kulturmorphologische Entwicklungen eine Rolle. Esders hat einen signifikanten Baustein für die noch zu schreibende Theorie des postmodernen Totalitarismus geliefert, der vor unseren Augen Gestalt annimmt. Ein schwieriges, ein brisantes, ein unverzichtbares Buch!

Michael Esders: Sprachregime. Die Macht der politischen Wahrheitssysteme. (Die Werkreihe von Tumult). Manuscriptum Verlagsbuchhandlung, Lüdinghausen 2020, broschiert, 147 Seiten, 18 Euro